

Aktuell

Zugewanderte Eltern reden in der Schule mit

Das von der Pädagogischen Hochschule Bern und von Public Health Services initiierte Projekt wurde zwischen 2020 und 2023 im Schulhaus Wankdorf realisiert. Das Ziel: die Partizipation von zugewanderten Eltern in der Schule stärken.

Text: Emine Sariaslan, Projektleiterin und sozialpädagogische Familienbegleiterin, PHS Public Health Services

Die Besonderheit des Projekts war die partizipative Vorgehensweise. Die betroffenen Personen, also Eltern mit Migrationshintergrund, wurden als Co-Researcher angefragt, und es wurde eine Projektgruppe von insgesamt zehn Personen gegründet. Alle relevanten Projektschritte wurden innerhalb der Projektgruppe entschieden. Die Projektgruppe bzw. die Co-Researcher waren die zentralen Akteure, damit sich der Fokus auf die Zielgruppe richtete und die Bedürfnisse der Zielgruppe das Projekt leiteten.

Im Projekt wurden drei zentrale Unternehmungen durchgeführt: Erstens wurde die Frage nach der Partizipation von zugewanderten Eltern gemeinsam erforscht. Im Projektteam wurden Interviews zum Thema gemeinsam ausgewertet und Fokusgruppengespräche geführt. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse wurden in einem zweiten Schritt Schulungen für zugewanderte Eltern organisiert, die von den Co-Researchern geleitet wurden und auf Themen zur Bedeutung von Partizipation auf unterschiedlichen Ebenen (kollektiv, individuell,

politisch) sowie fördernde und hindernde Strukturen im Schulkontext eingingen. Drittens wurden die Erkenntnisse mit der Schulleitung diskutiert und auch öffentlich an einer Tagung an der Pädagogischen Hochschule Bern präsentiert. Das Team hat zudem seine Forderungen bezüglich Partizipation in der Schule der verantwortlichen Direktorin für Bildung, Soziales und Sport sowie Integration in der Stadt Bern vorgelegt.

Erkenntnisse

Drei zentrale Aspekte, die sich als «entscheidend für das Gelingen» der Teilhabe/Partizipation erwiesen haben, wurden in der Forschung herausgearbeitet: Sprache, Information und Abwehr von negativen Zuschreibungen gegenüber zugewanderten Eltern.

Sprache

Sprache stellt bei der Partizipation einen zentralen Zugang dar. Die Herausforderungen bestehen darin: sehr hohe Erwartungen an die Sprachkenntnisse der Eltern und Anforderun-



gen, Dialekt und Standardsprache zu verstehen. Viele Eltern (oft die erste Generation) lernen Schriftdeutsch, jedoch wird an den Elternabenden oder in den Elterngesprächen usw. oft Dialekt gesprochen. Die Eltern sagen: «Wir müssen meistens fragen, ob Schriftdeutsch gesprochen werden könne.» Damit müssen sie die Gespräche bereits mit einem Hinweis auf ihre eigene mangelnde Sprachkompetenz beginnen, was beschämend oder demütigend wirken kann und das weitere Gespräch unter Umständen negativ beeinflusst.

Barrieren

Eltern haben wichtige Informationen nicht erhalten (Informationsdefizit). Sie haben Angst davor, dass man wegen mangelnder Sprachkenntnisse nicht kompetent wirkt und als Eltern nicht als Expert*in für das eigene Kind wahrgenommen wird, und Angst, dass ihre geringen Deutschkenntnisse auf die Kompetenzeinschätzung der Kinder übertragen wird. In Gesprächen mit Lehrpersonen ist es schwierig, auf Augenhöhe zu argumentieren, Positionen zu vertreten und die eigene Perspektive deutlich zu machen.

Strategien

Für Eltern: Eltern können ihre Erwartungen aktiv formulieren und sich trotz «fehlerhaftem» Deutsch einbringen. Es ist auch wichtig, den Austausch mit anderen Eltern zu suchen und zu enttabuisieren.

Für Schulen: Die Schulen sollten professionell vorgehen, was Übersetzungen betrifft (Recht auf Übersetzung). Aktive Wertschätzung und Einladung von mehrsprachigen Eltern z.B. in den Elternrat sind ebenfalls zielführend. Weiterbildung und Sensibilisierung der Lehrpersonen sind wichtig, um institutionelle Barrieren zu überwinden.

Zugänglichkeit von Informationen

Informationsvermittlung und Informationsaustausch sind der fundamentale Grundstein für die Partizipation. Die Eltern kommen aus einer anderen Gesellschaft und einem anderen Schulsystem. In diesem Zusammenhang spielt das Wissen für sie eine noch stärkere Rolle. Die zugewanderten Eltern möchten das hiesige Schulsystem, ihre Rechte und Pflichten kennenlernen, verstehen und ihre Meinung dazu äussern.

Barrieren

Adressat*innengerechte Informationen sind zielführend. Im schulischen Alltag gibt es viele implizite Erwartungen (bsp. keine Hausaufgaben, trotzdem ist es für den Schulerfolg wichtig, dass das Lernen der Kinder von den Eltern begleitet wird). Unterstützungsangebote für Eltern im Frühförderbereich sind wertvoll, jedoch fehlen Unterstützungsangebote ab Schulbeginn. Es gibt institutionelle Praktiken, bei denen es schwierig zu verstehen ist, wer welches Recht bzw. welche Pflicht hat.

Strategien

Für Eltern: Eltern sollen/können Informationen aktiv abholen, anstatt darauf zu warten, dass die Schule Informationen vermittelt. Durch den Austausch mit anderen Eltern können sie weitere Informationen erhalten.

Für Schulen: Die Schulen sollen zielgruppengerechte Informationen vermitteln. Es sollten auch Angebote und Möglichkeiten für Gespräche und Austausch neben den regulären Elterngesprächen angeboten werden. Dadurch können Eltern ihre Fragen stellen und besser verstehen, da die Eltern hinsichtlich ihrer Bildung, Sprache usw. sehr heterogen sind. Bei der Informationsvermittlung sollte diese Diversität berücksichtigt werden. Durch niederschwellige Angebote wie Elterncafés kann der Austausch zwischen Eltern und Lehrpersonen gestärkt werden.

Abwehr/Ängste vor negativen Zuschreibungen

Eltern erleben in unterschiedlichen Kontexten negative Zuschreibungen bezüglich ihrer Herkunft.

Barrieren

Bei einer defizitorientierten Sichtweise von Lehrpersonen führt dies aus der Sicht der Eltern zu bestimmten Zuschreibungen und Erwartungshaltungen. Bei den Kindern äussert sich dies beispielsweise in einer niedrigeren Erwartung bezüglich ihrer Noten. Aussagen von Lehrpersonen wie «Für ein Ausländerkind ist die Note 4 gut» bedeuten dann, dass die Erwartungen niedrig gehalten werden sollen. Dies enttäuscht die Eltern sehr, denn die Note 4 bedeutet «genügend» und nicht «gut».

Eine weitere negative Zuschreibung ist die häufige Annahme, dass die zugewanderten Eltern nicht in der Lage seien, den schulischen Anforderungen gerecht zu werden.

Aufgrund dieser negativen Sichtweisen fühlen sich die zugewanderten Eltern dazu gedrängt, immer wieder beweisen zu müssen, dass sie durchaus in der Lage sind, sich zu beteiligen. Oder sie können ihre Sichtweise nicht gut einbringen, da sie Angst davor haben, abgelehnt zu werden.

Strategien

Für Eltern: Eltern sollen/können sich vernetzen und sich so als Expert*innen positionieren.

Für Schulen: Die Lehrpersonen sollen zu diesem Thema weitergebildet werden. In den Schulen sollen mehr zugewanderte Lehrpersonen arbeiten. •

«Ich habe neue Wege des Mitmachens aufgezeigt bekommen, wie ich in der Schule aktiver sein kann, und es hat mir Mut gegeben, mich aktiver einzubringen.»

Olga Pisarek, Co-Researcher im Projekt